

**V-11** jetzt H-01/01 (Gemeinsam gegen Hass - Antrag zur Schaffung einer Stelle zur bundesweiten Beratung von Mitgliedern von Bündnis 90/Die Grünen in Fällen von politisch motivierten Bedrohungen und Angriffen)

Antragsteller\*in: Hannah Marie Neumann (Berlin-Lichtenberg KV)  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

## Antragstext

- 1 V-11 und V-12 sind geeint in H-01/01
- 2 Alter Antragstext:
- 3 Wir Grünen machen uns gegen Ausgrenzung, Diskriminierung und Verfolgung stark; wir
- 4 engagieren uns für Solidarität, Menschlichkeit und Demokratie. Das gefällt nicht allen,
- 5 manche reagieren darauf mit geballtem Hass. In den letzten Jahren gab es immer
- 6 wieder
- 7 politisch motivierte Angriffe auf ehrenamtlich aktive und politisch sichtbare Mitglieder
- 8 von
- 9 Bündnis 90/Die Grünen. Die Fälle von Hate Speech im Netz, Verleumdungen,
- 10 Bedrohungen (auch
- 11 von Familienmitgliedern), tätlichen Angriffe, Sachbeschädigung von Geschäftsstellen
- 12 oder
- 13 Privathäusern etc. nehmen leider zu und sie beschränken sich längst nicht mehr nur auf
- 14 medial sichtbare und prominente Vertreter\*innen unserer Partei. Auch
- 15 Kommunalpolitiker\*innen, Kreisvorstände oder LAG Mitglieder sind betroffen und es ist
- 16 zu
- 17 erwarten, dass die Zahl der Angriffe mit der Zunahme von kommunalpolitischen
- 18 Mandaten weiter
- 19 steigen wird.
- 20 So sehr diese Angriffe zeigen, dass unser leidenschaftlicher Einsatz wirkt; mit ihnen
- 21 geht
- 22 auch eine starke psychische und physische Belastung für die Betroffenen einher. Meist
- 23 ist
- 24 der Hass dort am extremsten, wo es unseres Eintretens für Demokratie und
- 25 Menschlichkeit am
- 26 stärksten bedarf. Er trifft vor allem unmittelbar diejenigen, die sich vor Ort meist
- 27 ehrenamtlich für Grüne Inhalte stark machen. Dem gemeinsam entgegen zu treten und
- 28 diejenigen
- 29 zu unterstützen, die sich dieser Aufgabe stellen, ist auch eine Frage der
- 30 innerparteilichen
- 31 bündnisgrünen Solidarität.
- 32 Bisher gelingt es Bundes- und Landesbehörden nur mangelhaft, politisch aktive
- 33 Menschen vor
- 34 derartigen Angriffen zu schützen. Deswegen wirken unsere Bundestags- und
- 35 Landtagsfraktionen
- 36 in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich bereits auf die Schaffung derartiger
- 37 Beratungs-
- 38 und Unterstützungsangebote hin. Bis aber ein flächendeckendes und verlässliches

bundesweites

25 Netz an Anlaufstellen geschaffen ist, ist es Aufgabe der Partei Bündnis 90/Die Grünen  
ihre  
26 Mitglieder vor solchen Übergriffen bestmöglich zu schützen, sie bei konkreten Vorfällen  
zu  
27 beraten und Strategien zu entwickeln, um die Zahl und das Ausmaß der Angriffe so  
gering wie  
28 möglich zu halten. Die Vermittlung einer adhoc Rechtsberatung, wie sie die  
29 Bundesgeschäftsstelle bereits anbietet, ist ein guter erster Schritt. Sie reicht aber nicht  
30 aus.

31 Deswegen fordern wir den Bundesvorstand auf, in Kooperation mit den Landes- und  
32 Kommunalverbänden mit dem nächsten Haushaltsjahr eine Stelle zu schaffen, die

- 33 • für Mitglieder in Bedrohungssituationen telefonisch erreichbar ist und Nothilfe  
34 leistet bzw. passende weiterführende Angebote und Schritte bespricht und den  
Weg  
35 begleitet (bspw. Rechtsanwalt, mobile Beratung, Meldesperre, psychologische  
36 Unterstützung, Polizei, Staatsanwaltschaft),
- 37 • die aktuelle Bedrohungslage im Blick behält und potentiell gefährdete Mitglieder  
38 (bspw. bei Neuaufnahme eines kommunalpolitischen Mandats in Risikoregionen)  
zu  
39 möglichen Sicherheitsmaßnahmen berät und
- 40 • derartige Vorfälle anonymisiert dokumentiert und so Veränderungen in der  
41 Bedrohungslage analysiert und transparent macht. Diese Analyse kann dazu  
42 dienen, den  
Druck auf staatliche Behörden zu erhöhen und entsprechende Anlaufstellen auf  
43 allen  
Ebenen zu schaffen.

## **Begründung**

Der Antrag wird mit Beschluss vom 29.09.2019 von der BAG Demokratie und Recht unterstützt.

## **weitere Antragsteller\*innen**

Sabrina Staats-Kriszeleit (Main-Taunus KV); Paula Louise Piechotta (Leipzig KV); Mathias Engling (NWM/Wismar KV); Gollaleh Ahmadi (Berlin-Spandau KV); Madeleine Henfling (Ilm-Kreis KV); Laura Sophie Dornheim (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Kordula Schulz-Asche (Main-Taunus KV); Kathrin Klaas (Frankfurt KV); Mona Hille (Berlin-Mitte KV); Daniela Cappelluti (Frankfurt KV); Julia Eberz (Frankfurt KV); Peter Heilrath (München KV); Alexandra Alth (Reutlingen KV); Stephanie Schuhknecht (Augsburg-Stadt KV); Anett Dreisvogt (Hameln-Pyrmont KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Stefan Wolters (Köln KV); Felix Holefleisch (Bremen-Mitte KV); Jonathan Sieger (Köln KV); sowie 69 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.